Abend-Ausgabe Nr. 507 Donnerstag, 27. Oktober 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis: bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.80, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,06 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Versand nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Lieysch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreis lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das Memeldeutschtum fordert sein Recht

Abwehrfront gegen das neue litauische „Staatsschutzgesetz"

Memel, 27. Oktober.

Der Memelländische Landtag hielt eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt der Protest gegen das von der litauischen Regierung dem litauischen Seim vorgelegte neue „Staatsschutzgesetz" stand. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab das Landtagspräsidium bekannt, daß der Gouverneur gegen vier kürzlich vom Landtag beschlossene Gesetze erneut sein Veto eingelegt habe. Eine Aussprache hierüber wurde für die nächste Landtagssitzung angekündigt.

Zur Tagesordnung war eine Interpellation der Memeldeutschen Einheitsliste an das Direktorium eingegangen, in der dieses um Stellungnahme zu dem Gedanken eines eigenen memelländischen Staatsschutzgesetzes ersucht wurde. Präsident Baldszus legte dem Landtag einen Briefwechsel vor, den das Direktorium im Frühjahr 1934, unmittelbar nach Erlaß des litauischen Staatsschutzgesetzes mit dem damaligen Gouverneur des Memelgebietes, Navakas, geführt hatte. Baldszus belegte dadurch, daß bereits damals das Memelgebiet gegen dieses statutwidrige Gesetz Einspruch erhoben habe. Damals seien nach stürmischer Aussprache Landtag und Direktorium einmütig zu dem Ergebnis gekommen, daß auch der Erlaß eines memelländischen Sondergesetzes nichts an der Tatsache geändert hätte, daß das Memeldeutschtum und die autonomen Behörden unter einen minderen Hoheitsschutz gestellt seien als das litauische Volkstum und die litauischen staatlichen Behörden im Memelgebiet. An dieser Lage habe sich bis heute nichts geändert.

Abgeordneter Monien als Sprecher der Einheitsliste entwickelte dann in scharfem Gegensatz zu den Behauptungen des Innenministers Leonas im litauischen Seim ausführlich die Gründe, aus denen das autonome Memelgebiet allein für die Strafgesetzgebung zuständig sei. Er ging dabei von der Tatsache aus, daß die Angliederung des Memelgebietes infolge gewaltsamer Besetzung durch Litauen und gegen den Willen der Memelländer erfolgt sei. Das Autonomiestatut habe also im wesentlichen die Funktion, das schwächere Memelgebiet im Rahmen der ihm zugewiesenen Zuständigkeiten zu schützen gegen den stärkeren Willen des litauischen Staates, der dem autonomen Gebiet gegenüber ja alle Machtmittel besitze. Die Souveränität sei auch Litauen nur unter den Bedingungen des Memelstatuts übertragen. Das Statut weise die Materie des Strafrechtes uneingeschränkt dem Memelgebiet zu, also könnten nicht Teile dieses Strafrechts vom litauischen Staat durch ein Staatsschutzgesetz für sich in Anspruch genommen werden.

Abgeordneter Monien führte weiter aus, daß die bürgerlichen Grundrechte, Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit im Memelgebiet verankert seien, durch das Staatsschutzgesetz praktisch aber völlig aufgehoben würden. Er schloß mit einem scharfen Protest hiergegen namens der Memeldeutschen Einheitsliste, also namens 24 von den 29 Abgeordneten des Landtages.

In der weiteren Aussprache ergänzte Abgeordneter Bingau die Ausführungen des Abgeordneten und Vizepräsidenten Monien, wobei er gleichfalls gegen die Sejmrede des litauischen Innenministers Leonas polemisierte und in scharfer Form die Unterstellung zurückwies, als lägen der Haltung der Memelländer fremde Einflüsse oder die Tendenz zugrunde, Unruhe zu provozieren. Er wies nach, daß die Memelländer ihre Proteste gegen die Vergewaltigungen und ihr Bekenntnis zum deutschen Volkstum stets genau so kraftvoll zum Ausdruck gebracht hätten, und zwar auch zu einer Zeit, als die allgemeine Lage des deutschen Volkstums eine wesentlich ungünstigere gewesen sei.

Entgegnungen der litauischen Abgeordneten Gadlius und Pranaitis, die eine Umarbeitung des litauischen Staatsschutzgesetzentwurfes in Aussicht stellten, gingen trotz energischen Eingreifens des Landtagspräsidenten zum Teil im Lärm des Publikums und im Gesang des Memellandliedes und anderer deutscher Lieder unter.

Der Gesamtverlauf der Sitzung, die von vielen ausländischen Pressevertretern, darunter auch englischen und norwegischen, verfolgt wurde, zeigte eindringlich, daß der litauische Staat in der Frage des Staatsschutzgesetzes sich im Memelgebiet einer geschlossenen Abwehrfront gegenüber befindet, die — aus bodenständigem Volkstum zusammengesetzt — mit den Erfahrungen der fünfzehn Jahre seit der Besetzung durch Litauen rechnet, und sich auf das Bewußtsein ihrer unantastbaren memelländischen Rechte stützt.

London erörtert den deutschen Kolonialanspruch

Ministerbesprechungen über die Vereinigung des Kolonialproblems

London, 27. Oktober.

Die „Daily Mail" berichtet, bei den Londoner Ministerbesprechungen habe die Frage der früheren deutschen Kolonien im Mittelpunkt der Beratungen gestanden. Ministerpräsident Chamberlain habe Bericht erstattet über die gesamte internationale Lage und über seine Politik der Befriedung, wobei die Vereinigung des Kolonialproblems einen wichtigen Teil dargestellt habe. Der bevorstehende Besuch des südafrikanischen Verteidigungsministers Pirow, der von der britischen Regierung aufgefordert worden sei, nach London zu kommen, sei ein wichtiger Anfangsschritt in dieser Frage. Abschließend meldet der Korrespondent, „daß es in den nächsten Wochen zu einer neuen Annäherung an Deutschland kommen werde", der, so hoffe man, bald Beratungen über die hauptsächlichen offenstehenden Probleme folgen würden. Der britische Botschafter in Berlin, Nevil Henderson, der augenblicklich in London weile, habe Chamberlain einen langen Bericht überreicht, in dem er seine Ansichten über die deutsch-englischen Beziehungen niederlegte sowie über die Aussichten einer dauernden Verständigung auf der Grundlage einer allgemeinen europäischen Befriedung.

Lissabon, 27. Oktober.

Der portugiesische Ministerpräsident Salazar empfing am Mittwoch den zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Lissabon eingetroffenen Verteidigungsminister der Südafrikanischen Union, Pirow. Nachmittags fand im Präsidentenpalast eine Audienz beim Staatspräsidenten General Carmona statt. Anschließend erfolgten offizielle Besuche Pirows im Kolonial-, Marine- sowie im Kriegsministerium. Am Abend veranstaltete das Kolonialministerium im Kurort Estoril ein Galabankett zu Ehren des südafrikanischen Gastes.

Golla wieder entsprungen

Wer hat den unter Mordverdacht Stehenden gesehen?

Dresden, 27. Oktober.

Der in Dresden wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft befindliche, hier abgebildete 24 Jahre alte Eberhard Golla aus Beuthen (Oberschles.), der schon einmal am 1. September d. J. geflüchtet war und dank der Unterstützung des Publikums am 5. September bei Bautzen ergriffen werden konnte, ist am 27. Oktober in den zeitigen Morgenstunden abermals ausgebrochen und geflüchtet. Er war nur mit einem Hemd und grauen Socken bekleidet. Golla ist 175 Zentimeter groß, kräftig, hat schwarzes Haar, auf der rechten Gesichtshälfte verschiedene Narben und im linken Oberkiefer einen Goldzahn.

Die Bevölkerung wird gebeten, die Fahndung nach Golla zu unterstützen und sachdienliche Mitteilungen an die nächste Polizeidienststelle zu geben.

Amoklauf eines Polen in Olmütz

Brünn, 27. Oktober.

Der 35jährige Reservist polnischer Nationalität Joseph Sykora raste in einem Anfall von geistiger Verwirrung durch die Straßen von Olmütz und stach verschiedene Passanten mit seinem Seitengewehr nieder. Er tötete dabei zwei Personen, und zwar einen Soldaten und einen Häusler, und verletzte drei Soldaten schwer.

Kommunisten in die Verbannung geschickt

Rio de Janeiro, 27. Oktober.

Als erster Schub wurden am Mittwoch aus den hiesigen Gefängnissen 208 Kommunisten und Integralisten, die anläßlich des letzten Putsches vom nationalen Sicherheitsgericht abgeurteilt worden waren, auf die Insel Fernando de Noronha eingeschifft. Nach der Ankunft dort werden sie in ein von der brasilianischen Regierung ausgebautes Konzentrations-Lager für politische Verbrecher gebracht. Der berüchtigte Kominternagent Alexander Hirgue, der vom brasilianischen Staatspräsidenten als ein der öffentlichen Ordnung gefährliches Subjekt bezeichnet wurde, wird am Freitag außer Landes verwiesen und nach Uruguay eingeschifft.

Randbemerkungen

Titel nur für Verdienste

Die Partei und der Staat sind wiederholt gegen die Titelsucht zu Felde gezogen und haben gewisse Leute der Lächerlichkeit preisgegeben, die sich mit falschen Federn und geliehenem Glanz schmücken wollten. Die „Frau Oberlandesgerichtsrat" ist mit Recht zu einer Witzblattfigur geworden, weil solche Titelanmaßungen nicht nur pfauenhafte Eitelkeit verraten, sondern auch einen Rückfall in die Zeit des überwundenen Klassenstaates bedeuten. Ministerielle Erlasse haben in dieser Hinsicht schon Wandel geschaffen, und in einigen Jahren dürfte die „Frau Oberlandesgerichtsrat" ebenso wie die Anrede in der dritten Person endgültig der Rumpelkammer überlebter Begriffe angehören. Auf der anderen Seite wird im nationalsozialistischen Staat besonderen Verdiensten auch die äußere Anerkennung nicht versagt. Für Künstler gibt es bereits die Titel Professor, Kammersänger und Staatsschauspieler, die vom Führer verliehen werden und die eine besondere Auszeichnung darstellen. Für andere Berufsgruppen, wie Architekten, Rechtsanwälte und Aerzte, gab es solche Auszeichnungen bisher nicht. Die Justizräte und Sanitätsräte, die wir heute noch haben, gehören ausnahmslos der Vorkriegsgeneration an, weil die Weimarer Republik diese Titel nicht verlieh. Durch den Erlaß des Führers wird es nun bald wieder „neue" Bauräte, Justizräte und Sanitätsräte geben. Ein solcher Titel bedeutet dann die äußere Anerkennung für langjährige wertvolle Berufsarbeit zum Nutzen von Volk und Staat. Die Tatsache, daß der Führer selbst die Auszeichnung vornimmt, verleiht ihnen besonderen Wert. Die Titelfrage, die noch vor einem Jahrzehnte die Gemüter immer wieder in Aufregung gebracht hat, ist vom Nationalsozialismus in der einzig möglichen Weise gelöst worden. Kommerzienräte, unter denen sich neben kapitalschweren Stiftern sehr oft jüdische Warenhausbesitzer verbargen, wird es allerdings nicht mehr geben. Der Titel ist heute von allen fragwürdigen Nebenerscheinungen befreit, die ihn früher zu einem nicht immer makellosen Aushängeschild gemacht haben.

Von Moskau nach Berlin

Moskau scheint für Diplomaten ein heißes Pflaster zu sein, denn in Jahresfrist haben neun von zwölf Botschaftern und sieben von zwölf Gesandten ihren Posten in der sowjetrussischen Hauptstadt gewechselt. Auch der französische Botschafter, der sein Amt zwei Jahre lang innegehabt hat, verläßt nun das Sowjetparadies, um sich nach Berlin zu begeben. Mit diesem Wechsel macht Botschafter Robert Coulondre einen ungewöhnlichen Sprung. Aus der Hauptstadt des bolschewistischen Rußlands in die Hauptstadt des nationalsozialistischen Deutschlands zu gehen, bedeutet eine Veränderung der politischen und geistigen Atmosphäre, die selbst an einen Berufsdiplomaten gewisse Anforderungen stellt. Der neue französische Botschafter in Berlin bringt jedoch alle Voraussetzungen mit, dem Klimawechsel, dem er sich unterzieht, gerecht zu werden. Als Südfranzose bringt er die nötige Beweglichkeit auf, um sich den völlig veränderten Verhältnissen schnell anzupassen. Für alle französischen Frontkämpfer — und Robert Coulondre ist wie sein Vorgänger François-Poncet Frontkämpfer — ist die Ueberwindung der „Erbfeindschaft" zwischen den beiden großen Nationen tiefe, im Stahlgewitter der Westfront gehärtete Ueberzeugung. Daß der neue französische Botschafter aus Moskau kommt, braucht durchaus kein Nachteil zu sein. Er hat nie irgendwelchen besonderen Sympathien für den Sowjetstaat Ausdruck gegeben, und man weiß, daß er der im Jahre 1936 auf ihrem Kulminationspunkt angelangten französisch-sowjetrussischen Paktpolitik ziemlich zurückhaltend gegenüberstand. Die Tatsache, daß Coulondre von 1920 bis 1936 die handelspolitische Abteilung des Quai d'Orsay geleitet hat, stempelt ihn zu einem Diplomaten, dessen Arbeit durch realpolitische Ueberlegungen wesentlich bestimmt wird. Seine Aufgabe in Berlin wird allerdings nicht so sehr wirtschaftlicher als hochpolitischer Natur sein. Der neue Botschafter übernimmt sein Amt an einem Wendepunkt der europäischen Politik. Was sein Vorgänger in siebenjährigen Bemühungen erstrebt und gefördert hat, gilt es jetzt endgültig durchzusetzen: ein neues, besseres Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Die Gelegenheit zu einer Generalbereinigung zwischen den beiden Nationen ist gegeben, und in Frankreich hat man den Szenenwechsel Moskau—Berlin als ein Symbol für die Neuausrichtung der französischen Außenpolitik gedeutet.

Des Königs Bruder

König Georg VI. hat seinen jüngsten Bruder, den 35jährigen Herzog von Kent auf Vorschlag der australischen Regierung zum Generalgouverneur in Canberra ernannt. Der Herzog von Kent wird sein Amt, eines der höchsten, die das Britische Weltreich zu vergeben hat, im nächsten Jahre antreten und mit seiner Familie von London nach Australien übersiedeln. Diese Ernennung ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Einmal zeigt sie, wie stark die Mitglieder des königlichen Hauses in den Dienst des Weltreichs gestellt werden. Bereits in der Regierungszeit König Georgs V. wurden seine vier Söhne wiederholt zu wichtigen politischen Aufgaben herangezogen. Nach der Abdankung des ältesten der vier Brüder, der heute als Herzog von Windsor in Frankreich lebt, ruhen die Repräsentationspflichten auf dem jetzigen König Georg VI. und seinen beiden jüngeren Brüdern, dem Herzog von Gloucester und dem Herzog von Kent. Daß es sich hier um sehr ernsthafte, häufig oft anstrengende Pflichten handelt, beweist ein Blick in die englischen Zeitungen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Mitglied der königlichen Familie eine Ausstellung eröffnet, einer Tagung beiwohnt,

SLUB
Wir führen Wissen.